

**Jahresabschluss
und zusammengefasster Lagebericht
MLP AG 2013**



Inhalt

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT	3
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	5
CORPORATE GOVERNANCE	9
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 2013	9
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013	10
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013	12
Allgemeine Angaben	12
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	16
Erläuterungen zur Bilanz	19
Sonstige Angaben	26
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	40
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	41
FINANZKALENDER 2014	43
IMPRESSUM/KONTAKT	43

Zusammengefasster Lagebericht

Der Bericht der MLP AG über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns sind nach § 315 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB als zusammengefasster Lagebericht im MLP-Geschäftsbericht 2013 veröffentlicht.

Der Jahresabschluss und der zusammengefasste Bericht der MLP AG über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2013 werden beim Betreiber des Bundesanzeigers eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Jahresabschluss der MLP AG sowie der Geschäftsbericht des MLP-Konzerns für das Geschäftsjahr 2013 stehen auch im Internet unter <http://www.mlp-ag.de/investor-relations/finanzpublikationen/berichte> zur Verfügung.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2013 intensiv mit der Entwicklung des Unternehmens befasst und die ihm durch Gesetz und Satzung auferlegten Verpflichtungen in vollem Umfang wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und überwacht.

Der Aufsichtsrat befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr eingehend mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der finanziellen Lage, den Perspektiven und der weiteren Strategie des Unternehmens und unterstützte den Vorstand hierbei. Schwerpunkt seiner Tätigkeit war im Geschäftsjahr 2013 insbesondere die Begleitung des Vorstands in der strategischen Weiterentwicklung der Gesellschaft, bei weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz, der Chancen- und Risikolage der Gesellschaft und der Vertretung der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen durch ehemalige Gesellschafter der Feri AG sowie der zu deren Abwehr durch die Gesellschaft initiierten negativen Feststellungsklage.

In regelmäßigen Besprechungen haben Aufsichtsrat und Vorstand die Geschäftsentwicklung, die Strategie und die wichtigsten Geschäftsereignisse erörtert und gemeinsam beraten. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten kontinuierlich, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage und die Gesamtentwicklung des Konzerns einschließlich der Risikolage und Risikotragfähigkeit sowie des Risikomanagements und der Compliance unterrichtet. Dabei hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Unternehmensführung durch den Vorstand überzeugt. Im Jahr 2013 berichtete der Vorstand und beriet der Aufsichtsrat auch zu den Inhalten und erwarteten Auswirkungen gesetzgeberischer bzw. regulatorischer Vorhaben auf Bundes- oder EU-Ebene, wie z. B. Basel III oder das Gesetz zur Förderung und Regulierung einer Honorarberatung über Finanzinstrumente (Honoraranlageberatungsgesetz).

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2013 in fünf ordentlichen und einer konstituierenden Sitzung, an denen jeweils alle Mitglieder persönlich teilnahmen. Bei besonders wichtigen oder eilbedürftigen Projekten wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand auch zwischen den regelmäßigen Sitzungen informiert. Soweit erforderlich erfolgte die Beschlussfassung des Aufsichtsrats auch im Wege von Umlaufbeschlüssen.

Darüber hinaus fanden eine konstituierende Sitzung des Personal-, eine ordentliche und eine konstituierende Sitzung des Bilanzprüfungs- und eine konstituierende Sitzung des Nominierungsausschusses statt, an denen jeweils alle Ausschussmitglieder teilnahmen.

Außerdem trafen sich der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende zu regelmäßigen Gesprächsterminen, in denen sie Einzelthemen erörtert haben. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete die übrigen Mitglieder regelmäßig über die Inhalte dieser Gespräche mit dem Vorstand.

Aufsichtsratssitzungen und wesentliche Beschlussfassungen

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 21. März 2013 war die – durch die Sitzung des Bilanzprüfungsausschusses vorbereitete – Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses sowie des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2012. Die Abschlussprüfer haben an der Sitzung

teilgenommen und berichteten ausführlich über den Verlauf und das Ergebnis ihrer Jahresabschluss- sowie der Konzernabschlussprüfung. Nach eingehender Diskussion billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossen. In der März-Sitzung wurde unter anderen die Verlängerung des Anstellungsvertrages sowie die Wiederbestellung von Herrn Reinhard Loose um weitere fünf Jahre als Mitglied des Vorstands - also bis zum 31. Januar 2019 verabschiedet.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 14. Mai 2013 war im Wesentlichen die Erörterung der Ergebnisse und der Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2013 Gegenstand der Tagesordnung. Des Weiteren überprüfte der Aufsichtsrat – wie vom Aktiengesetz und dem Deutschen Corporate Governance Kodex gefordert – die Angemessenheit der Vorstandsvergütung.

Nachdem die ordentliche Hauptversammlung der MLP AG am 6. Juni 2013 die Herren Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Dr. Claus-Michael Dill und Johannes Maret sowie die wahlberechtigten Arbeitnehmer des MLP-Konzerns die Herren Burkhard Schlingermann und Alexander Beer zu Mitgliedern des Aufsichtsrats gewählt hatte, fand noch an dem gleichen Tag die konstituierende Aufsichtsratssitzung statt. Hierbei wurden Herr Dr. Peter Lütke-Bornefeld zum Vorsitzenden und Herr Dr. h. c. Manfred Lautenschläger zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Die Ergebnisse des zweiten Quartals und die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr sowie die Berichterstattung der Internen Revision und des Risikocontrollings (inkl. des Berichts über das Wesentlichkeitskonzept, die Risikostrategie und das Risikotragfähigkeitskonzept) standen in der ordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 12. August 2013 auf der Tagesordnung.

Im Mittelpunkt der Novembersitzung standen die Geschäftsergebnisse des dritten Quartals und der ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres.

In der Sitzung am 12. Dezember 2013 war neben der Beschlussfassung über die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG die Einhaltung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) im MLP-Konzern ein wesentlicher Diskussionsgegenstand. Über den Corporate Governance-Prozess sowie die aktuelle Entsprechenserklärung wurde ausführlich Bericht erstattet. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat die Strategie und das Budget der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2014 ausführlich behandelt und verabschiedet.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat wurde in 2013 regelmäßig über die Arbeit seiner Ausschüsse unterrichtet.

Der Personalausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal. Gegenstand der Sitzung war die Konstituierung des Personalausschusses, dem nunmehr die Herren Dr. Peter-Lütke Bornefeld (Vorsitzender des Personalausschusses), Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Johannes Maret und Burkhard Schlingermann angehören.

Der Bilanzprüfungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2013 eine ordentliche Sitzung ab. An der ordentlichen Sitzung nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil, die dem Ausschuss ausführlich Bericht erstatteten. Der Bilanzprüfungsausschuss erörterte in Gegenwart der Abschlussprüfer sowie des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands die Abschlüsse der

MLP AG und des MLP-Konzerns sowie den Gewinnverwendungsvorschlag. Gegenstand ausführlicher Beratungen waren auch die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, der Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Über die Arbeit der Internen Revision sowie der Compliance- und Risikomanagement-Abteilung und über rechtliche und regulatorische Risiken sowie Reputationsrisiken wurde dem Bilanzprüfungsausschuss berichtet. Des Weiteren hielt der Bilanzprüfungsausschuss auch seine konstituierende Sitzung ab. Dem Ausschuss gehören nunmehr die Herren Dr. Claus-Michael Dill (Vorsitzender des Bilanzprüfungsausschusses), Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Dr. Peter Lütke-Bornefeld und Alexander Beer an.

Der Nominierungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2013 keine ordentliche Sitzungen ab, da der Wahlvorschlag für die neu zu wählenden Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat an das Plenum des Aufsichtsrats bereits im Dezember 2012 gefasst worden war. Der Nominierungsausschuss hielt in 2013 jedoch seine konstituierende Sitzung ab. Dem Ausschuss gehören nunmehr die Herren Dr. Peter-Lütke Bornefeld (Vorsitzender des Nominierungsausschusses), Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Johannes Maret und Dr. Claus-Michael Dill an.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat behandelt regelmäßig die Anwendung der Corporate Governance-Grundsätze.

Im abgelaufenen Jahr hat der Aufsichtsrat insbesondere in seiner Sitzung am 12. Dezember 2013 erneut ausführlich die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 erörtert.

In der Sitzung am 12. Dezember 2013 überprüfte das Gremium anhand eines den Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung zur Verfügung gestellten Evaluierungsbogens die Effizienz seiner Tätigkeit. Dabei überprüfte der Aufsichtsrat u.a. die Verfahrensabläufe im Aufsichtsrat, den Informationsfluss zwischen den Ausschüssen und dem Aufsichtsratsplenum sowie die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat. Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz wurden analysiert.

In der gleichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat der MLP AG des Weiteren davon überzeugt, dass die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß ihrer Entsprechenserklärung nach § 161 AktG erfüllt hat und auch zukünftig grundsätzlich den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 entsprechen wird. Aufsichtsrat und Vorstand haben im Dezember eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Interessenkonflikte sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten. Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance bei MLP einschließlich einer Darstellung der Entsprechenserklärung vom 12. Dezember 2013 ist dem Corporate Governance-Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zu entnehmen. Zudem stehen alle relevanten Informationen auf unserer Homepage im Internet unter www.mlp-ag.de zur Verfügung.

Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2013

Der Jahresabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht der MLP AG zum 31. Dezember 2013 wurden vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Der Konzernabschluss und der zusammengefasste Lagebericht zum 31. Dezember 2013 wurden gemäß § 315a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden ist, aufgestellt. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat jeweils zum 31. Dezember 2013 den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht der MLP AG nach handelsrechtlichen Grundsätzen sowie den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht nach IFRS-Grundsätzen geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Abschlussprüfer hat die Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Abschlussunterlagen mit dem zusammengefassten Lagebericht, die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Bilanzprüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich intensiv mit diesen Unterlagen beschäftigt und dem Aufsichtsrat über seine Prüfung Bericht erstattet. Der Abschlussprüfer berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorliegen. Dabei hat der Bilanzprüfungsausschuss auch das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse und die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssysteme sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, die Vorschläge zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung, den Prüfungsauftrag und die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie der von ihm erbrachten zusätzlichen Leistungen geprüft. Auch der Aufsichtsrat hat die Unterlagen und Berichte eingehend geprüft und ausführlich darüber beraten. In Anwesenheit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtete, wurden in der Sitzung des Aufsichtsrats am 20. März 2014 die Prüfungsberichte umfassend behandelt. In dieser Sitzung hat der Vorstand die Abschlüsse der MLP AG und des Konzerns sowie das Risikomanagementsystem, die Rechnungslegungsprozesse, die Wirksamkeit des internen Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystems und der Compliance erläutert und detailliert über Umfang, Schwerpunkte und Kosten der Abschlussprüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers angeschlossen und auf der Grundlage des abschließenden Ergebnisses der Prüfung durch den Bilanzprüfungsausschuss und seiner eigenen Prüfung festgestellt, dass keine Einwendungen zu erheben sind. Daher hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 20. März 2014 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht der MLP AG und den Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht nach IFRS gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstands, für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende von 0,16 € je Aktie auszuschütten, schloss sich der Aufsichtsrat nach eigener Prüfung an. Bei seinen Überlegungen wurden die Eigenmittel- sowie die Liquiditätssituation, zukünftige regulatorische Anforderungen und die Finanzplanung der Gesellschaft als auch das Aktionärsinteresse an einer angemessenen Dividende einbezogen und gegeneinander abgewogen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den jeweiligen Unternehmensleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Beraterinnen und Beratern im MLP-Konzern für ihren hohen persönlichen Einsatz und ihre Leistung im Geschäftsjahr 2013. Außerdem dankt der Aufsichtsrat den beiden im Juni 2013 ausgeschiedenen Vertretern der Arbeitnehmer, Frau Maria

Bähr und Herrn Norbert Kohler, sehr herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Wiesloch, im März 2014

Der Aufsichtsrat

Dr. Peter Lütke-Bornefeld

Vorsitzender

Deutscher Corporate Governance Kodex

Im Dezember 2013 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung vom 12. Dezember 2013 können Sie im Wortlaut auch unter www.mlp-ag.de einsehen.

Gewinn- und Verlustrechnung für 2013

Alle Angaben in T€

	Anhang	2013	2012
1. Sonstige betriebliche Erträge	[1]	12.611	11.581
2. Personalaufwand	[2]		
a) Löhne und Gehälter		-4.602	-4.617
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 1.029 T€ (Vorjahr: 959 T€)		-1.129	-1.057
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	[3]	-4.304	-4.326
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	[4]	-8.876	-9.953
5. Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit		-6.299	-8.372
6. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	[5]	31.292	73.530
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 70 T€ (Vorjahr: 94 T€)	[5]	580	2.735
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 13 T€ (Vorjahr: 13 T€)	[5]	-963	-943
9. Finanzergebnis		30.909	75.322
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		24.609	66.950
11. Außerordentliche Aufwendungen	[6]	-231	-231
12. Außerordentliches Ergebnis		-231	-231
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[7]	-5.244	-17.888
14. Sonstige Steuern		-139	-139
15. Jahresüberschuss		18.995	48.691
16. Gewinnvortrag			
a) Bilanzgewinn Vorjahr		48.691	64.727
b) Dividendenausschüttung		-34.521	-64.727
17. Einstellungen/Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		-14.000	-
18. Bilanzgewinn	[18]	19.166	48.691

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2013	2012
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Sachanlagen	[8]		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		45.371	48.552
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.754	4.442
		49.125	52.994
II. Finanzanlagen	[9]		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		229.437	229.437
2. Wertpapiere des Anlagevermögens		-	10.003
		229.437	239.440
		278.562	292.434
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	[10]	32.840	75.310
2. Sonstige Vermögensgegenstände	[11]	21.722	7.378
		54.562	82.688
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	[12]	71.478	43.316
		126.039	126.004
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		135	109
D. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHUNG	[13]	891	418
		405.628	418.964

Passiva

Alle Angaben in T€

	Anhang	2013	2012
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	[14]		
Stammstückaktien		107.878	107.878
II. Kapitalrücklage	[16]	134.525	134.525
III. Gewinnrücklagen	[17]		
1. Gesetzliche Rücklage		3.097	3.097
2. Andere Gewinnrücklagen		119.824	105.824
		122.921	108.921
IV. Bilanzgewinn	[18]	19.166	48.691
		384.490	400.015
B. RÜCKSTELLUNGEN	[19]		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.950	8.241
2. Steuerrückstellungen		3.390	2.990
3. Sonstige Rückstellungen		4.946	3.254
		17.286	14.486
C. VERBINDLICHKEITEN	[20]		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		550	306
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		2.052	2.040
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern 446 T€ (Vorjahr: 655 T€)		1.246	2.118
		3.848	4.463
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		4	-
		405.628	418.964

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

Allgemeine Angaben

Angaben zur Gesellschaft

Die MLP AG hat ihren satzungsmäßigen Sitz in Wiesloch, mit der Adresse Alte Heerstr. 40, 69168 Wiesloch. Sie ist unter der Nummer HRB 332697 im Handelsregister Mannheim eingetragen. Gegenstand der Gesellschaft ist die Leitung einer Unternehmensgruppe, die in den Bereichen der Beratung und Vermittlung von Finanz- und ähnlichen Dienstleistungen aller Art tätig ist. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Schätzungen und Annahmen

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfordert Schätzungen und Annahmen, die die Beträge der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sowie die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres beeinflussen können.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff., 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. von § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB.

Die dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 zugrunde liegenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden unverändert zum Vorjahr beibehalten.

Die Bilanz wird nach dem in § 266 HGB kodifizierten Gliederungsschema erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB sowie mit Ergänzungen durch § 277 Abs. 3 HGB für die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen aufgestellt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Zwischen der MLP AG (Organträger) einerseits und der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch, der TPC GmbH (vormals TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH), Hamburg, der ZSH GmbH Finanzdienstleistungen, Heidelberg, der FERI AG, Bad Homburg v. d. Höhe, der FERI Trust GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, der FERI EuroRating Services AG, Bad Homburg v. d. Höhe und der FERI Institutional & Family Office GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe, besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Der Steueraufwand wird daher, soweit er auf den Zeitraum der Organschaft entfällt, nur auf Ebene des Organträgers ermittelt und ausgewiesen. Steuern, die auf Zeiträume vor Bestehen der Organschaft entfallen, werden auf Ebene der jeweiligen Gesellschaft ausgewiesen. Es werden keine Steuerumlagen vorgenommen.

Die Wertangaben in den tabellarischen Darstellungen werden grundsätzlich in Tausend-Euro-Beträgen (T€) dargestellt. Abweichungen von dieser Darstellungsweise werden direkt bei den

einzelnen Tabellen vermerkt. Sowohl Einzel- als auch Summenwerte stellen den Wert mit der kleinsten Rundungsdifferenz dar. Bei Additionen der dargestellten Einzelwerte können deshalb Differenzen zu den ausgewiesenen Summen auftreten.

Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für einzelne Bilanzposten

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren wesentlich die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Anschaffungskosten enthalten neben Anschaffungsnebenkosten jeweils den nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Teil der auf die Zugänge entfallenden und in Rechnung gestellten Umsatzsteuer.

Die Abschreibungen werden entsprechend der voraussichtlichen bzw. betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear vorgenommen.

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen pro rata temporis.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 € werden im Jahr des Zugangs voll als Aufwand erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150 € bis 1.000 € wird das steuerliche Sammelpostenverfahren aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewandt. Der Sammelposten wird pauschal mit 20 % p. a. im Zugangsjahr und in den vier darauf folgenden Jahren abgeschrieben und nach vollständiger Abschreibung als Abgang erfasst.

Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte werden in Höhe der geleisteten Anzahlungen bilanziert. Fremdkapitalkosten werden nicht aktiviert. Die Abschreibung dieser Anlagewerte beginnt mit der Fertigstellung bzw. dem Erreichen des betriebsbereiten Zustands.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert bzw. mit dem Barwert angesetzt. Soweit erforderlich werden alle risikobehafteten Posten wertberichtigt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB aus der Saldierung von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind. Solche Vermögensgegenstände stellen Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB dar. Bei den Vermögenswerten

handelt es sich um Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung von Deckungsvermögen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 zum beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich eines eventuell vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte unwiderruflich zugewiesene Überschussbeteiligung). Die von der Versicherung gemeldeten Erträge aus der Veränderung des Deckungsvermögens werden erfolgswirksam erfasst. Prämienzahlungen in die Rückdeckungsversicherung sowie Leistungszahlungen aus der Rückdeckungsversicherung werden als erfolgsneutraler Vorgang (Aktivtausch) behandelt.

Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrag angesetzt. Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus dieser Änderung der Rückstellungsbilanzierung ergebende Zuführungsbetrag über den Höchstzeitraum von 15 Jahren gleichmäßig verteilt. Er ist im Geschäftsjahr 2013 zu 1/15 als außerordentlicher Aufwand gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB erfasst.

Die Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags der Pensionsverpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G). Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Bewertung der Rückstellung berücksichtigt. Für unverfallbar ausgeschiedene Pensionsberechtigte oder nach Eintritt des Versorgungsfalles wird als Berechnungsmethode der Barwert der künftigen Pensionsleistungen angewendet. Bei aktiven Versorgungsanwärtern wird das Teilwertverfahren verwendet. Es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsdeckungsverfahren. Der Teilwert ergibt sich durch die Differenz zwischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Ende des Geschäftsjahres und dem Barwert der gleich bleibenden Jahresbeträge für die Pensionsberechtigten vor Beendigung des Dienstverhältnisses. Als Rechnungszins wird unter Anwendung des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet.

Für einen Teil der leistungsorientierten Pensionszusagen wurden Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen. Die Rückdeckungsversicherungen stellen Deckungsvermögen im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB dar und werden demnach mit den betreffenden Pensionsrückstellungen saldiert. Sofern das jeweilige Deckungsvermögen die betreffende Pensionsrückstellung übersteigt, wird der aktivische Überhang unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. In der GuV erfolgt entsprechend die Saldierung der im Finanzergebnis auszuweisenden Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung von Pensionsverpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung für ihre Erfüllung notwendig ist. Die sonstigen Rückstellungen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten

durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre entsprechend ihrer Restlaufzeit abgezinst.

Die Ermittlung der latenten Steuern wird nach dem bilanzorientierten Ansatz (Temporary-Konzept) vorgenommen. Dies sieht eine Betrachtung der Buchwertdifferenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie deren steuerlichen Wertansätzen für temporäre und quasi-permanente Differenzen vor.

Für die Bewertung der latenten Steuern wurde der kombinierte Steuersatz von 28,98 % (Vorjahr: 28,98 %) zugrunde gelegt. Passive latente Steuern aus dem aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung und aus Pensionsrückstellungen werden von aktiven latenten Steuern auf Rückdeckungsvermögen überkompensiert. Weitere aktive latente Steuern resultieren aus der unterschiedlichen Abschreibungshöhe bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten sowie Unterschieden bei der Bewertung von Forderungen und Rückstellungen. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde der nach Saldierung entstehende Überhang aktiver Steuerlatenzen nicht bilanziert.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

[1] Sonstige betriebliche Erträge

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Mieterträge und Nebenkosten	9.092	9.085
Vergleichszahlungen	1.465	-
Konzernumlagen	797	766
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	298	1.500
Sonstige	960	229
	12.611	11.581

Die Mieterträge und Nebenkosten betreffen im Wesentlichen die Erträge aus der Vermietung des Verwaltungsgebäudes in Wiesloch an die MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch. Die Vergleichszahlungen resultieren aus einem im Geschäftsjahr erzielten Vergleich mit einem ehemaligen Aktionär. Die Konzernumlagen umfassen weiterbelastete Kosten an die MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch.

[2] Personalaufwand

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Löhne und Gehälter	4.602	4.617
Soziale Abgaben	100	98
Aufwendungen für Altersversorgung	1.029	959
	5.731	5.674

Die Löhne und Gehälter umfassen die festen und variablen Vergütungsbestandteile der Mitarbeiter. Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl, ermittelt gemäß § 267 Abs. 5 HGB, betrug für das Geschäftsjahr 2013 9 Mitarbeiter (Vorjahr: 8 Mitarbeiter).

[3] Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	0
Sachanlagen	4.304	4.326
	4.304	4.326

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist in Anhangangabe 8 dargestellt.

[4] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Verwaltungsbetrieb	1.612	1.571
Konzernumlagen	1.342	1.271
Instandhaltung	849	829
Fremdleistungen	795	776
Beratung	761	1.384
Vergütung Aufsichtsrat	615	613
Versicherungsbeiträge	572	600
EDV-Betrieb	436	427
Sonstige Personalkosten	412	407
Übrige	1.481	2.075
	8.876	9.953

Der Posten Verwaltungsbetrieb umfasst Aufwendungen für den Betrieb der Verwaltungsgebäude sowie Telefon- und Bürokosten. Die Konzernumlagen betreffen Kosten für von der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch, erbrachte Dienstleistungen im Rahmen der Auslagerung betrieblicher Funktionen. Die Fremdleistungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Bewachung der Verwaltungsgebäude. Die Beratungsaufwendungen beinhalten allgemeine Beratungs- sowie Rechts- und Steuerberatungskosten.

[5] Finanzergebnis

Aus dem 2011 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und der FERI AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr von der FERI AG ein Gewinn in Höhe von 4.335 T€ (Vorjahr: 4.726 T€) abzuführen. Gemäß Ergebnisabführungsvertrag zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ist für das abgelaufene Geschäftsjahr von der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Gewinn in Höhe von 26.957 T€ (Vorjahr: 68.804 T€) abzuführen.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge betreffen im Wesentlichen Zinserträge aus Festgeldanlagen sowie Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 157 T€ (Vorjahr: 168 T€). Die enthaltenen Beträge aus verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung von Verrechnungskonten.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen mit 780 T€ (Vorjahr: 787 T€) auf den Zinsaufwand aus Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sowie mit 124 T€ (Vorjahr: 98 T€) auf die Aufzinsung sonstiger Rückstellungen.

[6] Außerordentliche Aufwendungen

Aus der Anwendung von Art. 66 und Art. 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) resultieren außerordentliche Aufwendungen aus der Umbewertung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 231 T€ (Vorjahr: 231 T€).

[7] Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Für das laufende Geschäftsjahr entfallen 2.410 T€ auf Körperschaftsteuer (Vorjahr: 9.061 T€) und 2.400 T€ auf Gewerbesteuer (Vorjahr: 7.964 T€). Die Veränderung der Steuerquote resultiert aus Sachverhalten im Rahmen der steuerlichen Organschaft.

Erläuterungen zur Bilanz

[8] Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€

	1.1.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	27	-	-	27
	27	-	-	27
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.744	51	-	89.795
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.446	385	215	20.616
	110.190	436	215	110.411
	110.217	436	215	110.438

Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€

	1.1.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	27	-	-	27
	27	-	-	27
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	41.192	3.232	-	44.424
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.004	1.072	215	16.861
	57.196	4.304	215	61.286
	57.223	4.304	215	61.313

Buchwerte

Alle Angaben in T€

	31.12.2013	31.12.2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-	-
	-	-
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	45.371	48.552
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.754	4.442
	49.125	52.994
	49.125	52.994

Die Abschreibungen werden linear über folgende Zeiträume vorgenommen:

Nutzungsdauer Sachanlagen	2013	2012
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		
Verwaltungsgebäude	25-33 Jahre	25-33 Jahre
Außenanlagen	15-25 Jahre	15-25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Raumausstattungen	10-25 Jahre	10-25 Jahre
EDV-Hardware/EDV-Verkabelung	3-13 Jahre	3-13 Jahre
Büroeinrichtungen/Büromaschinen	8, 10-13 Jahre	8, 10-13 Jahre

[9] Finanzanlagen

Anschaffungs- und Herstellungskosten

Alle Angaben in T€				
	1.1.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	230.420	-	-	230.420
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	10.003	-	10.003	-
	240.423	-	10.003	230.420

Kumulierte Abschreibungen

Alle Angaben in T€				
	1.1.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	984	-	-	984
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-
	984	-	-	984

Buchwerte

Alle Angaben in T€		
	31.12.2013	31.12.2012
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	229.437	229.437
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	10.003
	229.437	239.440

Details zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen können der Anhangangabe 32 entnommen werden.

Der Posten Wertpapiere des Anlagevermögens enthielt im Vorjahr eine variabel verzinsliche Schuldverschreibung eines inländischen Kreditinstitutes mit einer ursprünglichen Laufzeit von zwei Jahren, die am 30. Dezember 2013 fällig wurde.

[10] Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Der Posten beinhaltet größtenteils Forderungen gegen die MLP Finanzdienstleistungen AG und die FERL AG im Zusammenhang mit den zwischen diesen Gesellschaften und der MLP AG bestehenden Ergebnisabführungsverträgen.

[11] Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben in Höhe von 1.858 T€ eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr: 2.495 T€). Der Posten beinhaltet Ertragsteuerforderungen/-erstattungsansprüche aus Steuervorauszahlungen für das laufende Geschäftsjahr und für noch nicht veranlagte Jahre in Höhe von 20.497 T€ (Vorjahr: 7.302 T€). Darin enthalten ist das

Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 2.486 T€ (Vorjahr: 3.125 T€), das aufgrund gesetzlicher Vorgaben in 2006 mit dem Barwert in Höhe von 5.020 T€ zu aktivieren war. Die Veränderung resultiert aus der in 2008 begonnenen, über 10 Jahre linear zu verteilenden Rückzahlung des Guthabens. Das noch verbleibende Guthaben wird jährlich unter Verwendung eines fristadäquaten risikolosen Zinssatzes diskontiert.

[12] Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Alle Angaben in T€

	31.12.2013	31.12.2012
Kassenbestand, Guthaben Kontokorrent	16.478	13.316
Festgeldanlagen	55.000	30.000
	71.478	43.316

Die Guthaben Kontokorrent und die Festgeldanlagen bestehen bei inländischen Kreditinstituten.

[13] Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Aus der Saldierung von Pensionsrückstellungen mit verpfändetem Deckungsvermögen je versorgungsberechtigter Person resultiert ein aktiver Unterschiedsbetrag in Höhe 891 T€ (Vorjahr: 418 T€).

Angaben zur Verrechnung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB:

Alle Angaben in T€	31.12.2013	31.12.2012
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	6.447	5.665
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	7.338	6.083
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	7.338	6.083
Verrechnete Aufwendungen	323	298
Verrechnete Erträge	55	20

Die verrechneten Aufwendungen enthalten Aufwendungen aus der Aufzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen. Die verrechneten Erträge beinhalten Erträge aus der Veränderung des Deckungsvermögens der Rückdeckungsversicherungen.

[14] Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich aus 107.877.738 (31. Dezember 2012: 107.877.738) Stammstückaktien der MLP AG zusammen.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Mai 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 19. Mai 2015 das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals gegen Bar- oder Sacheinlagen um bis zu 22.000.000 € zu erhöhen.

[15] Eigene Anteile

Die Hauptversammlung vom 6. Juni 2013 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 5. Juni 2018 durch ein- oder mehrmaligen Rückkauf Aktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 10.787.773 € zu erwerben. Der Erwerb ist auch unter Einsatz von Eigenkapitalderivaten möglich. Die von der Hauptversammlung am 10. Juni 2011 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist damit gleichzeitig aufgehoben worden. Bisher wurde von diesem Vorratsbeschluss kein Gebrauch gemacht.

[16] Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage setzt sich gemäß § 272 Abs. 2 HGB unter Beachtung von § 150 AktG zusammen und beträgt zum 31.12.2013 unverändert 134.525 T€.

[17] Gewinnrücklagen

Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Stand 1. Januar	105.824	105.824
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	14.000	-
Stand 31. Dezember	119.824	105.824

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juni 2013 wurden 14.000 T€ in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

[18] Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:

Alle Angaben in T€

	2013	2012
Bilanzgewinn zum 1. Januar	48.691	64.727
Dividendenausschüttung	-34.521	-64.727
Einstellung in Gewinnrücklagen	-14.000	-
Jahresüberschuss	18.995	48.691
Bilanzgewinn zum 31. Dezember	19.166	48.691

Ausschüttungssperre

Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände im Sinne des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB entsprechen dem beizulegenden Zeitwert. Es handelt sich bei den Vermögenswerten um verpfändete Rückdeckungsversicherungen. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände und aktive latente Steuern sind nicht aktiviert. Damit ergeben sich keine potenziell ausschüttungsgesperrten Gewinne.

[19] Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich auf 8.950 T€ (Vorjahr: 8.241 T€). Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen werden zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen mit jeweils 1,8 % (Vorjahr: 1,8 %) berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich zum 31.12.2013 auf 4,89 % (Vorjahr: 5,05 %). Bestehendes Deckungsvermögen in Form von Rückdeckungsversicherungen wird mit den betreffenden Pensionsverpflichtungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Die aufgrund der Anwendung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2013 auf 2.542 T€ (Vorjahr: 2.773 T€).

Die Steuerrückstellungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr mit insgesamt 3.390 T€ (Vorjahr: 2.990 T€) zu dotieren. Davon entfallen 1.920 T€ (Vorjahr: 1.820 T€) auf Körperschaft- und 1.470 T€ (Vorjahr: 1.170 T€) auf Gewerbesteuer.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen im Personalbereich, unter anderem für variable Vergütungen und Urlaubsansprüche, in Höhe von 3.513 T€ (Vorjahr: 2.374 T€) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 557 T€ (Vorjahr: 404 T€).

[20] Verbindlichkeiten

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	550	550	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.052	2.052	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten	1.246	1.246	-	-	0	-
	3.848	3.848	-	-	0	-

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012

Alle Angaben in T€

Art der Verbindlichkeit	Gesamt- betrag	Mit einer Restlaufzeit von ...			Davon gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit
		bis zu 1 Jahr	1 bis zu 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	306	306	-	-	0	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.040	2.040	-	-	0	-
Sonstige Verbindlichkeiten	2.118	2.118	-	-	0	-
	4.463	4.463	-	-	0	-

Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden je Gesellschaft zusammengefasst und in einer Summe als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der MLP Consult GmbH, Wiesloch. Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Tantiemезahlungen für Mitglieder des Vorstands sowie Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

Sonstige Angaben

[21] Unternehmensverträge

Am 18. April 2007 wurde zwischen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG ein Ergebnisabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG erfolgte am 31. Mai 2007 und am 2. Mai 2007. Die Eintragung in das für die MLP Finanzdienstleistungen AG zuständige Handelsregister wurde am 13. Juni 2007 vorgenommen.

Am 19. April 2011 wurde zwischen der MLP AG und der FERI AG ein Gewinnabführungsvertrag nach § 291 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der FERI AG erfolgte am 10. Juni 2011 und am 8. Juni 2011. Die Eintragung in das für die FERI AG zuständige Handelsregister wurde am 18. Juli 2011 vorgenommen.

Am 16. April 2012 wurde zwischen der MLP AG und der FERI AG ein Beherrschungsvertrag nach § 293 AktG abgeschlossen. Die Zustimmung der Hauptversammlungen der MLP AG und der FERI AG erfolgte am 26. Juni 2012 und am 16. Mai 2012. Die Eintragung in das für die FERI AG zuständige Handelsregister wurde am 30. Juli 2012 vorgenommen.

[22] Auslagerung von betrieblichen Funktionen

Die MLP AG hat betriebliche Funktionen aus Kostengesichtspunkten an die MLP Finanzdienstleistungen AG ausgelagert. Betroffen sind Dienstleistungen für Risikomanagement, IT, Controlling, Finanzbuchhaltung, Rechnungswesen, Recht, Steuern, Personalwesen, Einkauf und Hausverwaltung. Es kommen die üblichen Risiken in Betracht, die bei der Beschäftigung von Mitarbeitern auftreten können, wie menschliches Versagen oder Personalengpässe.

[23] Außerbilanzielle Geschäfte

Die MLP AG hat Operating-Leasingverträge für Fahrzeuge abgeschlossen. Die Laufzeit der Verträge liegt bei durchschnittlich vier Jahren. Aus den Verträgen resultieren folgende Verpflichtungen:

Alle Angaben in T€

	31.12.2013			
	2014	2015	> 2015	Summe
Kfz-Leasing	61	34	49	143

	31.12.2012			
	2013	2014	> 2014	Summe
Kfz-Leasing	47	31	4	82

[24] Sonstige nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

Alle Angaben in T€

	31.12.2013			
	2014	2015	> 2015	Summe
Bestellobligo	314	-	-	314
Sonstige Mieten	1	-	-	1
	316	-	-	316

	31.12.2012			
	2013	2014	> 2014	Summe
Bestellobligo	390	-	-	390
Sonstige Mieten	1	-	-	1
	391	-	-	391

[25] Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag besteht unverändert zum Vorjahr eine gesamtschuldnerische Haftung der MLP AG und der MLP Finanzdienstleistungen AG für die seitens mehrerer Kreditinstitute beiden Gesellschaften gewährte Barkreditlinie von 20.000 T€. Zum 31. Dezember 2013 ist diese Kreditlinie nicht in Anspruch genommen worden.

Im Rahmen von § 2a Abs. 6 KWG (zum 31.12.2013 gültige Fassung) hat sich die MLP AG durch eine harte Patronatserklärung gegenüber der MLP Finanzdienstleistungen AG verpflichtet, die MLP Finanzdienstleistungen AG unverzüglich mit Eigenmitteln im Sinne von § 10 Abs. 2 Satz 1 KWG (zum 31.12.2013 gültige Fassung) bis zu dem für die MLP Finanzdienstleistungen AG auf Einzelinstitutsebene erforderlichen Maß auszustatten. MLP rechnet aufgrund der derzeitigen bestehenden Eigenmittelausstattung sowie der derzeitigen Risikosituation der MLP Finanzdienstleistungen AG nicht mit einer finanziellen Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Die MLP AG hat eine Freistellungserklärung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. für die MLP Finanzdienstleistungen AG abgegeben. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme.

Die MLP AG bürgt gesamtschuldnerisch für die Verpflichtungen aus dem zwischen der MLP Private Finance Limited und Towry Law geschlossenen Kaufvertrag. Nach derzeitigem Stand besteht ein maximales Risiko in Höhe von 1 Million britische Pfund. Die MLP AG rechnet derzeit nicht mit einer Inanspruchnahme aus diesem Sachverhalt.

Mit Datum vom 15. April 2011 hat MLP den gemäß Kaufvertrag noch vorläufigen Kaufpreis zuzüglich Zinsen zum Kauf der restlichen Anteile an der FERI AG vollständig beglichen. Die Vorläufigkeit dieser Kaufpreiszahlung resultierte zum damaligen Zeitpunkt aus der noch ausstehenden Einigung der Vertragsparteien hinsichtlich der Höhe einer variablen Kaufpreiskomponente. MLP hat keine Veranlassung, von einer weitergehenden Verpflichtung

zur Kaufpreiszahlung auszugehen. Gemäß Kaufvertrag hat die Gesellschaft in Ermangelung einer Einigung mit den Verkäufern am 7. Oktober 2011 den kaufvertraglich für einen solchen Fall bestimmten Schiedsgutachter angerufen, der mit Schiedsgutachten vom 2. Oktober 2012 die Auffassung von MLP bestätigt hat, dass die vertraglich bestimmten Voraussetzungen für einen zusätzlichen Kaufpreis nicht eingetreten sind. Ein Teil der Verkäufer hat dessen ungeachtet Ansprüche aus Pflichtverletzungen gegen MLP in Höhe von zuletzt 51.472 T€ behauptet und diese auch zur Zahlung aufgefordert. Dem ist MLP am 20. Januar 2012 mit Einreichung einer negativen Feststellungsklage beim Landgericht Frankfurt entgegen getreten. Im Zuge des darauf folgenden Rechtsstreits haben die beklagten Altgesellschafter Widerklage erhoben und damit ihre Kaufpreisansprüche formal geltend gemacht. Mit Urteil vom 18. Februar 2014 hat das Landgericht Frankfurt die Widerklagen gegen MLP kostenpflichtig abgewiesen. Mit dieser Entscheidung hat sich die Einschätzung von MLP bestätigt, wonach die von den Altgesellschaftern der FERI AG behaupteten Ansprüche jeder rechtlichen Grundlage entbehren. Das vorgenannte Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zum Bilanzstichtag sind Schadensersatzklagen wegen unrichtiger Angaben in den vom Unternehmen vorwiegend in den Jahren 2000 bis 2002 veröffentlichten Kapitalmarktinformationen in nicht unbedeutender Höhe anhängig. MLP ist davon überzeugt, dass die Klagen keinen Erfolg haben.

Über die genannten Sachverhalte hinaus gab es keine weiteren Haftungsverhältnisse.

[26] Organe der MLP AG

Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Heidelberg Vorsitzender Zuständig für Interne Revision, Kommunikation/Investor Relations, Marketing, Personalwesen, Recht, Strategie	<ul style="list-style-type: none"> • FERI AG, Bad Homburg v. d. H. (Vorsitzender) 	-
Reinhard Loose, Berlin Zuständig für Controlling, IT und Einkauf, Rechnungswesen, Risikomanagement	-	-
Manfred Bauer, Leimen Zuständig für Produktmanagement	-	<ul style="list-style-type: none"> • MLP Hyp GmbH, Wiesloch (Aufsichtsrat)
Muhyddin Suleiman, Walldorf Zuständig für Vertrieb	-	-

Aufsichtsrat	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaften in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<p>Dr. Peter Lütke-Bornefeld, Everswinkel Vorsitzender Vormals Vorsitzender des Vorstands General Reinsurance AG, Köln</p>	<ul style="list-style-type: none"> • VPV Lebensversicherungs-AG, Stuttgart • Delvag Rückversicherungs-AG, Köln (bis 24.5.2013) • DB Capital & Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln (bis 31.12.2013) • VHV Vereinigte Hannoversche Versicherung a.G., Hannover • VHV Holding AG, Hannover (seit 17.7.2013) • VHV Lebensversicherung AG, Hannover (seit 17.7.2013) • Hannoversche Lebensversicherung AG, Hannover (seit 17.7.2013) • MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (Vorsitzender) 	<p>-</p>
<p>Dr. h. c. Manfred Lautenschläger, Gaiberg Stellvertretender Vorsitzender Vormals Vorsitzender des Vorstands MLP AG, Wiesloch</p>	<p>-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg (Aufsichtsrat)
<p>Dr. Claus-Michael Dill, Berlin Vormals Vorsitzender des Vorstands AXA Konzern AG, Köln</p>	<ul style="list-style-type: none"> • General Reinsurance AG, Köln (Vorsitzender) • HUK-COBURG AG, Coburg • HUK-COBURG a.G., Coburg • Catlin SE, Köln (seit 1.9.2013) 	<ul style="list-style-type: none"> • Polygon AB, Stockholm, Schweden (Non-executive Member of the Board) • Catlin Re AG, Zürich, Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats) (seit 1.7.2013)
<p>Johannes Maret, Burgbrohl Investment Committee Member The Triton Fund, Jersey, GB</p>	<p>-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gebrüder Rhodius KG, Burgbrohl (Beiratsvorsitzender) • The Triton Fund, Jersey, GB (Investment Committee Member) • Basler Fashion Holding GmbH, Goldbach (Beiratsvorsitzender) (bis 14.8.2013) • Befesa Holding S.à.r.l., Luxemburg (seit 15.7.2013)
<p>Burkhard Schlingermann, Düsseldorf Arbeitnehmersvertreter Mitarbeiter der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch Mitglied des Betriebsrats der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (seit 6.6.2013)</p>	<p>-</p>	<p>-</p>

Alexander Beer, Karlsruhe Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (seit 6.6.2013)	-	-
Maria Bähr, Sandhausen Arbeitnehmervertreterin Mitarbeiterin der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (bis 5.6.2013)	-	-
Norbert Kohler, Hockenheim Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter der MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch (bis 5.6.2013)	-	-

[27] Bezüge von Aufsichtsrat und Vorstand

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Vergütungssystems und der Vergütungen für Vorstand und Aufsichtsrat wird auf den Vergütungsbericht verwiesen. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts.

Vorstand

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands beträgt 3.466 T€ (Vorjahr 3.789 T€). Davon entfallen auf den festen Vergütungsbestandteil 1.725 T€ (Vorjahr 1.627 T€) und auf den variablen Vergütungsbestandteil 1.741 T€ (Vorjahr 2.162 T€). Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen in Höhe von 290 T€ (Vorjahr: 290 T€) für die betriebliche Altersvorsorge getätigt.

Für ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands bestanden zum 31. Dezember 2013 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.950 T€ (Vorjahr 8.241 T€) sowie ein aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung in Höhe von 667 T€ (Vorjahr: 275 T€). Der sich aufgrund der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergebende, noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder auf 2.200 T€ (Vorjahr: 2.400 T€).

Im Rahmen des Long Term Incentive-Programms erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Jahren 2005 bis 2010 Performance Shares (virtuelle Aktien). Die Performance Shares der Tranche 2010 sind in 2013 verfallen. Mit der Umstellung der Verträge aller Mitglieder des Vorstands mit Wirkung für 2011 auf das neue Vorstandsvergütungssystem entfällt eine Teilnahme am Long Term Incentive-Programm.

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit in 2013 eine erfolgsunabhängige Vergütung in Höhe 500 T€ (Vorjahr: 500 T€). Darüber hinaus fielen 23 T€ (Vorjahr: 21 T€) Ersatz für Auslagen und Schulungen an.

[28] Aktionärskreis zum Bilanzstichtag

Alle Angaben in T€

	Stammaktien		Anteil am Grundkapital	
	2013	2012	2013	2012
	Stück	Stück	%	%
Dr. h. c. Manfred Lautenschläger	25.383.373	25.383.373	23,53	23,53
Sonstige Aufsichtsratsmitglieder	200.000	186.597	0,19	0,17
Vorstand	16.254	16.254	0,02	0,02
Übrige Aktionäre	82.278.111	82.291.514	76,27	76,28
Gesamt	107.877.738	107.877.738	100,00	100,00

[29] Honorare Abschlussprüfer

Aufwendungen für Honorare im Zusammenhang mit Leistungen von Gesellschaften, die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt wurden, sind den entsprechenden Angaben im Konzernanhang zu entnehmen.

[30] Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft, www.mlp-ag.de, dauerhaft zugänglich gemacht.

[31] Angaben zu Mitteilungen gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 WpHG

Herr Manfred Lautenschläger, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwelle von 25 % unterschritten hat und zu diesem Tag 23,38 % (25.205.534 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 20,98 % (22.618.932 Stimmrechte) der Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Angelika Lautenschläger Beteiligungen Verwaltungs GmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. April 2008 die Schwellen von 15 % und 20 % überschritten hat und zu diesem Tag 23,08 % (22.618.932 Stimmrechte) beträgt.

Die M.L. Stiftung gGmbH, Gaiberg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % überschritten hat und zu diesem Tag 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) beträgt.

Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Frau Angelika Lautenschläger, Deutschland, hat uns gem. § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 7. Dezember 2007 die Schwelle von 3 % und 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,97 % (6.500.000 Stimmrechte) beträgt. Davon werden ihr 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) der M. L. Stiftung gGmbH gemäß §§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 22 Abs. 1 Satz 2 WpHG zugerechnet. Der M.L. Stiftung gGmbH werden 4,14 % (4.500.000 Stimmrechte) aus von der Manfred Lautenschläger Stiftung gGmbH gehaltenen Aktien nach § 22 Abs. 1 S.1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Barmenia Krankenversicherung a. G., Wuppertal, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 21. Dezember 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 6,67 % (dies entspricht 7.197.664 Stimmrechten) beträgt. Davon werden der Barmenia Krankenversicherung a. G. 0,27 % (dies entspricht 290.000 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Swiss Life Holding AG, Zürich, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 27. November 2013 die Schwellen von 5 % und 3 % unterschritten hat und nun 0,0 % (dies entspricht 0 Stimmrechten) beträgt.

Die Swiss Life Deutschland Holding GmbH (vormals Swiss Life Beteiligungs GmbH), Hannover, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 27. November 2013 die Schwellen von 5 % und 3 % unterschritten hat und nun 0,0 % (dies entspricht 0 Stimmrechten) beträgt.

Herr Dr. h. c. Carsten Maschmeyer, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass er am 25. März 2008 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, überschritten hat. Die Höhe seines Stimmrechtsanteils betrug 3,06 %. Dies entsprach 3.000.000 (drei Millionen) Stimmrechten.

Weiter teilte er mit, dass er am 02. April 2008 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland unterschritten hat. Die Höhe seines Stimmrechtsanteils betrug zu diesem Zeitpunkt 2,99 %. Dies entsprach 2.929.000 Stimmrechten. Zum heutigen Datum hält er keine Stimmrechte an der MLP AG.

Die Berenberg Bank, Joh. Berenberg Gossler & Co. KG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 18. November 2009 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und nun 4,84 % (dies entspricht 5.223.957 Stimmrechten) beträgt.

Die AXA S.A., 25 Avenue Matignon, 75008 Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG Folgendes mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der AXA Lebensversicherung AG, Colonia Allee 10-20, 51067 Köln, Deutschland, hat am 25.10.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG unterschritten und betrug zu diesem Zeitpunkt 2,986 % (3.221.127 Stimmrechte).

Der Stimmrechtsanteil der AXA Konzern AG, Colonia Allee 10-20, 51067 Köln, Deutschland, hat am 25.10.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG unterschritten und betrug zu diesem Zeitpunkt 2,986 % (3.221.127 Stimmrechte). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der Vinci B.V., Graadt van Roggenweg 500, 3503 AH Utrecht, Niederlande, hat am 25.10.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG unterschritten und betrug zu diesem Zeitpunkt 2,986 % (3.221.127 Stimmrechte). Die Anrechnung dieser Stimmrechte erfolgt gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG.

Der Stimmrechtsanteil der AXA S.A., 25, Avenue Matignon, 75008 Paris, Frankreich, hat am 25.10.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte an der MLP AG unterschritten und betrug 2,999 % (3.234.354 Stimmrecht). Davon sind der AXA S.A. 3.221.127 (2,986 %) Stimmrechte gemäß 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen und weitere 14.878 (0,0138 %) Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 iVm. Satz 2 WpHG.

Die zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende Konzernstruktur kontrolliert: Die AXA S.A., Paris ist Konzernmutter und kontrolliert die Vinci B.V., Utrecht; diese kontrolliert die AXA Konzern AG, Köln; diese wiederum kontrolliert die AXA Lebensversicherung AG.

Die Allianz SE, München, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten) betrug. Die Stimmrechte wurden ihr gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die ihr zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Allianz Deutschland AG, Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Zugleich hat uns die Allianz SE gemäß §§ 21 Abs. 1 i.V.m. 24 WpHG mitgeteilt: Der Stimmrechtsanteil der Allianz Deutschland AG, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese Stimmrechte wurden der Allianz Deutschland AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Allianz Deutschland AG zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten). Diese

Stimmrechte wurden der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die der Jota Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH zugerechneten Stimmrechte wurden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3 % oder mehr betrug, gehalten: Allianz Lebensversicherung AG.

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherung AG, Stuttgart, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, hat am 22. August 2008 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten und betrug 6,27 % (dies entspricht 6.761.893 Stimmrechten).

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,39 % (dies entspricht 10.132.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Pensionskasse AG hält 0,50 % (dies entspricht 539.000 Stimmrechten) direkt.

Die Aspecta Lebensversicherung AG, Köln, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,40 % (dies entspricht 9.054.969 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die Aspecta Lebensversicherung AG hält 1,50 % (dies entspricht 1.617.000 Stimmrechten) direkt.

Die CiV Lebensversicherung AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,65 % (dies entspricht 10.408.201 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die CiV Lebensversicherung AG hält 0,24 % (dies entspricht 263.768 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die neue leben Lebensversicherung AG hält 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) direkt.

Die neue leben Holding AG, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,16 % (dies entspricht 9.878.255 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 0,74 % (dies entspricht 793.714 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die Proactiv Holding AG, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Industrie Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.552 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.417 Stimmrechten) direkt.

Die HDI Direkt Versicherung AG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 9,49 % (dies entspricht 10.231.553 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Die HDI Direkt Versicherung AG hält 0,41 % (dies entspricht 440.416 Stimmrechten) direkt.

Die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WpHG zugerechnet.

Die Hannover Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover, Deutschland, hat uns gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 und Abs. 2 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Mai 2009 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Davon werden ihr 8,67 % (dies entspricht 9.350.719 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 2 WpHG und weitere 1,22 % (dies entspricht 1.321.250 Stimmrechten) über § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

Die Harris Associates LP, Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 20. März 2013 die Schwelle von 10 % unterschritten hat und an diesem Tag 9,82 % (dies entspricht 10.593.263 Stimmrechten)

beträgt 5,58 % der Stimmrechte (dies entspricht 6.015.066 Stimmrechten) werden der Harris Associates LP gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der MLP AG jeweils 3% oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: Oakmark International Small Cap Fund.

Die Oakmark International Small Cap Fund, Chicago, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 14. Oktober 2010 die Schwelle von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 3,05 % (dies entspricht 3.286.623 Stimmrechten) beträgt.

Die Gerling Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 22. Oktober 2010 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 2,45 % (2.642.500 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Talanx Beteiligungs-GmbH & Co. KG und 7,44 % (8.029.469 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet.

Die Talanx Deutschland Bancassurance GmbH, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 25. August 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 1,22 % (1.321.250 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 8,67 % (9.350.719 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet, wovon bei der Zurechnung gem. § 22 Abs. 2 WpHG 3 % oder mehr der Aktien über die HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet werden.

Die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hilden, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 04. Oktober 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 9,65 % (10.408.201 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG zugerechnet. Gem. § 22 Abs. 2 WpHG werden 3 % oder mehr von der HDI-Gerling Lebensversicherung AG zugerechnet.

Die Talanx Aktiengesellschaft hat uns gem. §§ 21, 24 WpHG mitgeteilt, dass der Stimmrechtsanteil der HDI-Gerling Friedrich Wilhelm Rückversicherung Aktiengesellschaft, Köln, Deutschland, an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 31. Dezember 2012 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und nun 9,89 % (dies entspricht 10.671.969 Stimmrechten) beträgt. Hiervon werden ihr 9,40 % (10.144.433 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 2 WpHG und 0,49 % (527.536 Stimmrechte) gem. § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet. Gem. § 22 Abs. 2 WpHG werden 3 % oder mehr von der HDI Lebensversicherung AG zugerechnet.

Die FMR LLC, Boston, Massachusetts, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 27. November 2013 die Schwelle von 5 % überschritten hat und an diesem Tag 7,10% (7.654.779 Stimmrechte) betrug. Die Stimmrechte werden FMR LLC gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

Die Fidelity Management & Research Company, Boston, Massachusetts, USA, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 2. Januar 2014 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und an diesem Tag 4,99 % (5.390.460 Stimmrechte) betrug. Die Stimmrechte werden Fidelity Management & Research Company gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Die Franklin Templeton Investment Funds, Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der MLP AG, Wiesloch, Deutschland, am 20. Januar 2014 die Schwelle von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 3,06 % (3.302.526 Stimmrechte) betrug.

[32] Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31. Dezember 2013 stellen sich wie folgt dar:

Unmittelbarer Anteilsbesitz

Name, Sitz	Buchwert	Buchwert	Anteil	Eigenkapital zum 31.12.2013	Ergebnis 2013
	1.1.2013	31.12.2013			
	T€	T€	%	T€	T€
MLP Finanzdienstleistungen AG, Wiesloch ¹⁾	109.005	109.005	100	109.548	26.957
MLP Consult GmbH, Wiesloch	2.350	2.350	100	2.415	16
FERI AG, Bad Homburg ¹⁾	118.082	118.082	100	19.862	4.335
	229.437	229.437			

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Darstellung des Jahresergebnisses vor Ergebnisabführung.

Mittelbarer Anteilsbesitz

Name	Sitz	Anteil	Eigenkapital	Ergebnis
			zum 31.12.2013	2013
		%	T€	T€
MLPdialog GmbH (vormals Academic Networks GmbH) (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch	100	175	781
TPC GmbH (vormals TPC THE PENSION CONSULTANCY GmbH) ¹⁾ (100%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Hamburg	100	314	508
ZSH GmbH Finanzdienstleistungen ¹⁾ (100% Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Heidelberg	100	1.190	978
MLP Hyp GmbH (49,8%-Tochter der MLP Finanzdienstleistungen AG)	Wiesloch (vormals Schwetzingen)	49,8	4.388	1.388
FERI Trust GmbH ²⁾ (100%-Tochter der FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	5.114	701
FERI Institutional & Family Office GmbH ²⁾ (100%-Tochter der FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	51	826
FERI EuroRating Services AG ²⁾ (100%-Tochter der FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	958	827
FEREAL AG ²⁾ (100%-Tochter der FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	100	421	364
FERI Trust (Luxembourg) S.A. (100%-Tochter der FERI AG)	Luxemburg	100	8.994	12.182
FERI Trust AG (Schweiz) ^{3) 6)} (100%-Tochter der FERI AG)	St. Gallen	100	TCHF -677	TCHF -234
FERI Corp. ^{4) 6)} (100%-Tochter der FERI EuroRating Services AG)	New York	100	TUSD 87	TUSD -24
CORESIS Management GmbH ³⁾ (25 % gehalten von FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	25	184	113
FPE Private Equity Beteiligungs-Treuhand GmbH ³⁾ (100%-Tochter der FEREAL AG)	München	100	176	151
FPE Private Equity Koordinations GmbH ³⁾ (100%-Tochter der FEREAL AG)	München	100	83	58
FPE Direct Coordination GmbH ³⁾ (100%-Tochter der FEREAL AG)	München	100	42	17
FERI Private Equity GmbH & Co. KG ³⁾ (100%-Tochter der FEREAL AG)	München	100	38	-2
FERI Private Equity Nr. 2 GmbH & Co. KG ³⁾ (100%-Tochter der FEREAL AG)	München	100	6	-4
UST Immobilien GmbH ⁵⁾ (32,5% gehalten von FERI AG)	Bad Homburg v. d. H.	32,5	-	-
AIF Komplementär GmbH ⁵⁾ (25% gehalten von FERI AG, 50% gehalten von UST Immobilien GmbH)	München	41,3	-	-
AIF Register-Treuhand GmbH ⁵⁾ (100%-Tochter der FERI AG)	München	100	-	-

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der MLP Finanzdienstleistungen AG. Darstellung vor Ergebnisabführung

²⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der FERI AG. Darstellung vor Ergebnisabführung.

³⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis aus Jahresabschluss 2012.

⁴⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis aus Jahresabschluss 2010.

⁵⁾ Gründung in 2013, bisher liegt kein Jahresabschluss vor.

⁶⁾ Umrechnungskurse zum Bilanzstichtag: 1 € = 1,2311 CHF / 1 € = 1,3281 USD.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden keine weiteren wesentlichen Beteiligungen der MLP AG oder der hier abgebildeten Unternehmen, die nach § 285 Nr. 11 HGB eine Angabepflicht bedingen. Vom Wahlrecht gem. § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

[33] Ergebnisverwendungsvorschlag der MLP AG

Der Vorstand schlägt gemäß § 170 Abs. 2 Aktiengesetz vor, den im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 19.165.769,56 € wie folgt zu verwenden:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Ausschüttung an die Aktionäre	17.260.438,08	34.520.876,16
Einstellung in Gewinnrücklagen	1.900.000,00	14.000.000,00
Gewinnvortrag	5.331,48	170.284,06
Bilanzgewinn	19.165.769,56	48.691.160,22

Wiesloch, den 24. Februar 2014

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der MLP AG, Wiesloch, und den zusammengefassten Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner	Fust
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.“

Wiesloch, den 24. Februar 2014

MLP AG

Der Vorstand

Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Manfred Bauer

Reinhard Loose

Muhyddin Suleiman

Finanzkalender 2014

13. November 2014

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse für die ersten 9 Monate und zum 3. Quartal 2014

14. August 2014

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse für das 1. Halbjahr und zum 2. Quartal 2014

5. Juni 2014

Hauptversammlung MLP AG in Mannheim

Die MLP AG hält ihre ordentliche Hauptversammlung im Rosengarten Mannheim ab.

15. Mai 2014

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse für das 1. Quartal 2014

27. März 2014

Veröffentlichung des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 2013

27. Februar 2014

Jahrespressekonferenz und Analystenkonferenz in Frankfurt

Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse für das Geschäftsjahr 2013

Impressum

Herausgeber

MLP AG

Alte Heerstraße 40

69168 Wiesloch

www.mlp-ag.de

Kontakt

Investor Relations

Telefon +49(0)6222-308-8320

Telefax +49(0)6222-308-1131

Public Relations

Telefon +49(0)6222-308-8310

Telefax +49(0)6222-308-1131